

Eine neue Völkerwanderung?

Grundlagen der aktuellen Flüchtlingsdiskussion

Frank van Veen,
Refugees Integrated e.V.

Einleitung

Flüchtlinge überall; in den Nachrichten im Fernsehen und in den Zeitungen, in Talkshows, in unserer Stadt. Tausende werden in München mit Applaus, Umarmungen, Essen, Kleidung und Spielzeug begrüßt.

Griechenland war gestern - war da was? Ein Krieg in der Ukraine, in dem Menschen sterben - das war vorgestern.

Heute sind Flüchtlinge das Thema. Deutschland ein gastfreundliches Land, wir schaffen das, wir zeigen Europa und der Welt was es heißt, Menschenrechte zu garantieren! Ausländerfeindlichkeit war früher, heute herrscht Willkommenskultur.

Ist das so?

Allein in diesem Jahr zwischen 200 und 300 fremdenfeindliche Anschläge in Deutschland, darunter 61 Brandanschläge auf Sammelunterkünfte, fünf davon in Baden-Württemberg.

Über 60% der Deutschen stimmen der Aufnahme von Flüchtlingen zu. Was ist mit dem Rest? Alles Nazis, rechte Terroristen? Sind Sorgen unberechtigt?

Kostenschätzungen gehen von sechs bis zehn Milliarden Euro für die Betreuung der Menschen die zu uns kommen aus. Schuldenbremse ade!

Müssen wir um unseren Wohlstand, unsere Sicherheit fürchten? Was ist mit unserer kulturellen Identität?

Andererseits: Brauchen wir die Menschen nicht für die Fortexistenz unserer alternden Gesellschaft, in der viel zu wenige Kinder geboren werden, als Arbeitskräfte für die Industrie, die Lehrstellen und Facharbeiterstellen nicht besetzen kann?

Bereits diese unvollständige Aneinanderreihung verschiedener Argumente und Standpunkte zeigt zwanglos, dass die anstehenden Fragen nicht einfach gelöst werden können, weder durch das Anzünden von Unterkünften noch durch Beifall für ankommende Geflüchtete und Umarmungen.

Die folgenden Ausführungen und Überlegungen versuchen ein wenig Klarheit in den Dschungel der Informationen zu bringen. Das ist schwierig, da originäre Quellen kaum vorhanden sind und die Medien -selbstverständlich- nicht objektiv berichten - wie auch? Nach meiner Überzeugung hilft nur ein realistischer, ideologiefreier und weitgehend rationaler Zugang zur Thematik, will man sich nicht allzu schnell frustrieren lassen und in Worthülsen verlieren. Die schönen Bilder von den umarmten Geflüchteten sind großartig, haben aber die Integrationsprobleme noch gar nicht im Fokus. Wie lange brennen derartige Strohfeuer?

I.

Rechtsgrundlagen

Das Recht auf Asyl ist ein universelles Menschenrecht. Es findet sich in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in Artikel 18 der Grundrechtecharta der Euro-päischen Union und in Artikel 16a des Grundgesetzes. Diese Vorschriften werden durch Artikel 19 der Grundrechtecharta der Europäischen Union ergänzt, nachdem niemand in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen oder ausgeliefert werden darf, in dem für ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen Strafe oder Behandlung besteht.

Nach Artikel 16a Grundgesetz genießen nur politisch Verfolgte Asylrecht.

Davon zu unterscheiden ist die Anerkennung als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlings-konvention, was allerdings ebenfalls im Asylverfahren überprüft wird.

Ein hohes Gut mit starken historischen Wurzeln. *Asylrecht* enthält das Wort **Recht** und zielt damit auf die wohl größte Errungenschaft der jüngeren Staatsentwicklung nicht nur in Europa: auf den Rechtsstaat. Dieser garantiert, dass Verfahren eingehalten und Gesetze beachtet werden - auch heute in weiten Teilen der Welt, wie auch in unserer jüngeren Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit. Der Rechtsstaat ist das Gegenteil von Willkür. Das Recht steht über der Politik, bindet diese. Auf Englisch heißt Rechtsstaat „Rule of law“, die Herrschaft des Rechts.

Im Übrigen steht das Recht auch über den Religionen, sowohl über der christlichen wie auch der muslimischen.

Wer sich auf das Asylrecht beruft, hat Anspruch auf die Durchführung eines

rechtsförmigen Verfahrens, an dessen Ende die Anerkennung oder die Ablehnung steht. Ergänzend gibt es subsidiäre Bleiberechte, etwa das oben erwähnte Verbot der Abschiebung in ein Land, in dem gefoltert etc. wird. Aber auch in der Person des abgelehnten Asylbewerbers kann es Gründe geben, die ihm ein Bleiberecht gewähren, beispielsweise eine schwere Krankheit, die im Herkunftsland nicht behandelt werden kann.

Wird der Asylantrag abgelehnt, hat das Konsequenzen, nämlich die Abschiebung und muss sie auch haben, will man nicht die Grundlagen des Verfassungsstaates -das Recht- erschüttern.

Migration kann es nur kontrolliert geben, durch Gesetze geregelt, weil der Staat sonst seine Verpflichtung zur Achtung der Menschenwürde aller nicht erfüllen kann. Es ist daher m.E. ein krasser, nicht entschuldbarer Angriff auf den Rechtsstaat, wenn Aktivisten Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber zu verhindern versuchen. Individuelle, oft nur scheinbar menschenrechtlich unterfütterte Meinungen, die zwar nach dem Rechtsstaat rufen, wenn es um die Gewährung von Asyl geht, sich aber über das Recht hinwegsetzen, wenn das Recht nicht gewährt wird, treten an die Stelle der Achtung des Rechts, missachten es und gefährden es dadurch in seiner Substanz.

II.

Asylberechtigung, Flüchtlingseigenschaft

Asyl erhält, wer in seinem Herkunftsland politisch verfolgt wird. Subsidiären Schutz erhält, wer Flüchtling ist. Gerade der Begriff „Flüchtling“, der zur Zeit überall gebraucht wird, bedarf eines genauen Hinsehens.

In den Medien zu lesen und zu hören sind neben dem Begriff Flüchtling, der Geflüchtete, der Asylant, der Asylbewerber,

der Wirtschaftsflüchtling, der Elendsflüchtling und viele andere. Ohne zu differenzieren wird dieser klar definierte Begriff gedankenlos gebraucht, nach meiner Auffassung sogar missbraucht.

Wer Flüchtling ist, definiert die Genfer Flüchtlingskonvention. Danach ist Flüchtling, wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung im Herkunftsland verfolgt wird.

An dieser Aufzählung kann man erkennen, dass die wirtschaftliche Lage einer Person oder in einem Land kein Asylgrund ist und auch keinen subsidiären Schutz begründet. Unzweifelhaft: Armut kann schrecklich sein, in manchen Teilen Afrikas tödlich; ein Asylanspruch erwächst hieraus jedoch nicht.

An dieser Definition und der dadurch bedingten Unterscheidung gibt es Kritik; sie sei im Hinblick auf die Ursachen von Armut, wie beispielsweise dem von den Industrienationen verursachten Klimawandel ungeeignet. Ein anderes Argument besagt: Niemand verlässt ohne Not seine Heimat, daher seien auch diejenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen, Flüchtlinge.

Ich halte diese Auffassung für falsch und für schädlich. In einer Zeit der Internationalität, in der supranationale Institutionen wie die EU, der Europarat, die internationalen Gerichte in Den Haag, die UNO immer mehr an Einfluss gewinnen, der Welthandel von wachsender Bedeutung für den Wohlstand der Menschen ist, hat der Begriff Heimat etwas Altbackenes, Rückständiges. Mich erinnert er an die Blut- und Boden-Ideologie vergangener Zeiten - an den „vaterlandslosen heimatlosen Gesellen.

Sehen wir uns die Geschichte an: Waren die Gastarbeiter, die in den 50er- und 60er-Jahren aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen nach Deutschland kamen, Flüchtlinge, nur weil es in Italien, Spanien,

Portugal hohe Arbeitslosigkeit gab? Sind die rund 25.000 hochqualifizierten Fachkräfte, die jährlich die BRD z.B. in Richtung USA verlassen, Flüchtlinge? Und was ist mit den Deutschen, die, gut ausgebildet, in die Schweiz übersiedeln und dort als Ärzte, Lehrer und in führenden Positionen in der Industrie arbeiten? Alles Flüchtlinge? Sicher nicht. Sie suchen, aus welchen Gründen auch immer, im Ausland andere, bessere Berufschancen und verlassen die „Heimat“ ohne Not.

Der Begriff der Heimat ist viel zu komplex, als dass er sich auf rein ökonomische Faktoren reduzieren ließe.

Ich bevorzuge daher die Legaldefinition, die ich oben zitiert habe. Sie verschafft Klarheit und hilft bei der Beurteilung unterschiedlich zu beurteilender Sachverhalte.

Damit fallen Menschen, die nicht verfolgt werden, nicht unter den Flüchtlingsbegriff und haben auch keinen Anspruch auf Asyl. Ich räume ein, dass es Abgrenzungsprobleme geben kann; hierauf im Einzelnen einzugehen, würde aber zu weit führen.

Konkret bedeutet das, dass Menschen aus den Balkanstaaten, Kosovo, Albanien, Serbien, Montenegro, keine Flüchtlinge sind und daher in aller Regel auch keinen Asylanspruch haben. Die Anerkennungsquote beträgt daher zu Recht unter 0,5%.

Die Ministerpräsidenten des Kosovo und Serbiens haben gegenüber Deutschland selbst gefordert, als sichere Herkunftsländer eingestuft zu werden! Auch in anderen Staaten der Welt, auch in Afrika, findet systematische Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention nicht statt; darunter fällt beispielsweise auch Gambia.

Ein Gedanke am Rande: Syrer werden in einem vereinfachten Verfahren anerkannt, zum Teil ohne „Interview“ durch das BAMF. Ist also jeder Syrer politisch verfolgt und/oder Flüchtling? Was ist denn mit dem

Schergen des Assad-Regimes, der vom Foltern und Kämpfen die Nase voll hat und sich nach Europa absetzt? Mit der entsprechenden Story wird er anerkannt, obwohl kein Fall individueller Verfolgung vorliegt.

Die Information, dass in Deutschland Syrer unproblematisch anerkannt werden, hat sich unter den Flüchtenden schnell verbreitet mit der Folge, dass ein wohl wachsender Prozentsatz von Menschen nur behauptet, aus Syrien zu kommen, um als asylberechtigt anerkannt zu werden.

III.

Einwanderungsgesetz

Wie Sie wissen, waren zeitweise über 40% aller Asylbewerber Menschen, die aus Ländern kamen, in denen keine politische Verfolgung existiert und die auch nicht als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention zu qualifizieren waren. All diese Menschen müssen und mussten wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, was selbstverständlich problematisch ist. Auch Elends- und Arbeitsmigration hat nachvollziehbare Gründe, auch wenn sie kein Recht auf Asyl gewähren.

Die Lösung dieser Problematik stellt nach Meinung vieler ein Einwanderungsgesetz dar. Die Wirtschaft plädiert für die rasche Eingliederung von Geflüchteten, gleich ob sie asylberechtigt sind oder nicht - die Leute würden gebraucht.

Auch ich bin für ein Einwanderungsgesetz, die CDU scheint sich -nach 15-jähriger Diskussion- zu besinnen.

Aber was stünde denn in so einem Einwanderungsgesetz? Dass alle aus den Balkanstaaten nach Deutschland kommen dürfen? Dann bräuchte man kein Gesetz.

Das Gegenteil ist der Fall: Ein Einwanderungsgesetz würde Kriterien normieren, aus denen sich das Recht auf Arbeitsmigration ergäbe. Kanada hat beispielsweise seit vielen Jahren ein entsprechendes Gesetz. Dort wird nach einem Punktesystem der Migrant einerseits und der Bedarf im Land andererseits bewertet. Welche Ausbildung hat der Migrant, welche Sprachkenntnisse, wie alt ist er, in welchem Familienstand lebt er? Und auf der anderen Seite: Welche Berufe werde im Gastland gebraucht. Treffen sich die Qualitäten des Migranten mit den Bedürfnissen des Gastlandes, erhält er eine Arbeitserlaubnis und nach einem bestimmten Zeitraum einen Status, der es ihm erlaubt, auf Dauer im Land zu bleiben.

Gäbe es ein derartiges Gesetz auch für Deutschland, was mehr als wünschenswert ist, wäre die eindeutige Konsequenz: Die Einwanderung würde begrenzt! Keineswegs könnte jeder, der gerne möchte, nach Deutschland und ganz sicher die Mehrzahl der Menschen aus dem Balkan nicht. Unsere hochentwickelte Industriegesellschaft benötigt keine unqualifizierten Arbeitskräfte -die haben wir in eine Teil der Arbeitslosen selbst genug-, sondern gebildete und gut ausgebildete, qualifizierte Menschen, die in den wirtschaftlichen Prozess eingegliedert werden können.

Es wird bei dieser Argumentation übersehen, dass es besonders schwer ist, in klassische Einwanderungsländer wie beispielsweise Kanada einzuwandern, da dort klare Regeln existieren, die kanalisierend und begrenzend wirken. Auch hier gilt, was ich oben ausgeführt habe: Migration muss durch rechtsstaatliche Prozesse geregelt werden.

Ergänzend hierzu noch ein Gedanke, der bei all der Willkommenskultur wenig Beachtung findet: Die Emigration tausender leistungsfähiger, teils mehr oder weniger gut ausgebildeter Menschen schwächt die Herkunftsländer, in denen Fachkräfte zum Aufbau des eigenen Landes dann fehlen; „brain drain“ genannt. Durch die -gezielte

und geregelte- Aufnahme von Arbeitskräften in unsere Wirtschaft wird also gleichzeitig die Wirtschaft des Herkunftslandes geschwächt mit der Folge, dass die reichen Länder Europas immer reicher werden, die armen Länder immer ärmer. Ein Teufelskreis.

IV.

Die Völkerwanderung

Die aktuelle Situation lässt sich auch nicht annähernd mit früheren Flüchtlingsbewegungen vergleichen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Nach Ende des Vietnam-Krieges 1974 flüchteten zahlreiche Vietnamesen vor den neuen Machthabern; einige von Ihnen werden sich an die Boatpeople erinnern, von denen viele durch den Deutschen Ruppert von Neudeck und die Cap Anamur aus dem südchinesischen Meer gerettet wurden. Die Jugoslawien-Nachfolgekriege in den 90er-Jahren verursachten eine Migration aus den Kriegsgebieten, vorwiegend Albaner, die nach Ende der Kriegshandlungen zurückkehrten bzw. zurückkehren mussten. Die aus anderen Regionen der Welt in Europa ankommenden Asylbewerber waren zahlenmäßig eher klein. Die großen Bewegungen zeigten sich als räumlich und zeitlich abgegrenzt.

Heute kommen Menschen aus der ganzen Welt nach Europa und, wie bereits ausgeführt, keineswegs nur Menschen aus Konfliktgebieten. Bis August dieses Jahres kamen weit über 40% aller Asylbewerber aus dem Balkan, also dem Kosovo, Serbien, Albanien und Montenegro. In einem Spiegel-Interview erklärte der serbische Ministerpräsident Vucic auf die Frage, warum so viele Serben nach Deutschland kämen:

„Sie reden von unseren falschen Asylbewerbern? Ihr müsstet denen nur weniger Geld anbieten. Achtköpfige Familien erhalten in Deutschland an die € 900 Taschengeld, das entspricht fast dem Dreifachen des serbischen Durchschnittsgehalts. Dazu gibt es Essen umsonst und keinerlei Ausgaben.“

Eine Großzahl von Flüchtlingen kommt - nachvollziehbarer Weise- aus Syrien, Eritrea, dem Irak und Afghanistan. Gerade aus Afghanistan ist die größte Flüchtlingswelle in Europa noch gar nicht angekommen. Derzeit, so ist zu lesen, verlassen monatlich bis zu 100.000 Afghanen ihr Heimatland. Seit Anfang des Jahres ist die Zahl der Flüchtlinge gestiegen, nachdem die afghanischen Behörden elektronisch lesbare Pässe ausgeben, mit denen eine Ausreise in den Iran möglich ist. Ca. 70.000 Afghanen seien bislang in Europa angekommen.

Weitere Flüchtlinge kommen aus Nigeria - hier ist die Terrorgruppe Boko Haram die Ursache, aus dem Senegal und erstaunlicherweise aus Gambia - erstaunlich deshalb, weil Gambia ein extrem kleines Land im Westen Afrikas ist, von dem bislang wenig bekannt war, und zwar in jeder Hinsicht.

Trotz der immer weiter ansteigenden Zahlen von Asylbewerbern, die nach Deutschland kommen und auch weiter nach Deutschland kommen werden, stellt sich die Frage, ob Deutschland damit im internationalen Vergleich am stärksten oder zumindest übermäßig belastet ist.

Nach dem UNHCR, der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen, sind derzeit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das größte Aufnahmeland in absoluten Zahlen ist Pakistan, wo mehrere Millionen Flüchtlinge leben. Die Türkei hat allein zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, der Libanon 1,2 Millionen. Gegenüber diesen Zahlen stellen sich die prognostizierten

800.000 Asylbewerber doch als recht bescheiden dar.

Um der Situation wirklich gerecht zu werden, reicht es jedoch nicht, absolute Zahlen miteinander zu vergleichen; weitere Kriterien wären das Verhältnis von Flüchtlingen und Einwohnern des aufnehmenden Landes oder -sehr viel ausdrucksstärker- das Pro-Kopf-Einkommen oder das Brutto-Inlandsprodukt.

Nimmt man erneut den Libanon mit ca. sechs Millionen Einwohnern und ca. 1,2 Millionen Flüchtlingen, so müsste Deutschland mit seinen ca. 81 Millionen Einwohnern ca. 16 Millionen Flüchtlinge aufnehmen, um gleich zu ziehen. Legt man das Pro-Kopf-Einkommen der Aufnahmeländer zu grunde, so rangiert Deutschland weltweit auf Platz 36 der aufnehmenden Nationen. Ganz oben stehen Äthiopien, Pakistan und Uganda. Die ersten 30 dieses Rankings sind fast ausnahmslos Entwicklungsländer, viele davon gehören zu den ärmsten Staaten der Welt. Legt man das BIB zugrunde, so rangiert Deutschland auf Platz Nr. 73 von 161 Staaten. An „erster Stelle“ liegt der Tschad, gefolgt vom Libanon und Süd-Sudan.

Aus diesen Vergleichen wird deutlich, dass die bislang angekommenen Menschen und die zu erwartenden Menschen Deutschland im internationalen Vergleich keineswegs über Gebühr beanspruchen. Rechnet man die Menschen ab, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa und Deutschland kommen, so verbessert sich diese Bilanz nachhaltig.

Ich will damit das Problem keineswegs kleinreden, jedoch zeigen, dass jede Hysterie und Übertreibung völlig fehl am Platz ist.

V.

Integration

Ist es überhaupt möglich, derartig viele Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren? Und was heißt das überhaupt, Integration?

Der erneute Blick in die Geschichte stimmt eigentlich optimistisch: Nach Ende des 2. Weltkrieges kamen zwölf Millionen Vertriebene aus dem Osten in die BRD und die DDR. Die Zeiten waren schlecht, viele Städte zerstört, mehrere Generationen von Männern im Krieg gefallen. Die ersten Jahre nach Kriegsende waren ein Kampf um das Überleben. Die ankommenden Schlesier usw. mussten untergebracht werden, sie mussten versorgt werden und sie mussten in Arbeit gebracht werden. Die Haltung der Bevölkerung von BRD und DDR war gleichermaßen feindselig. Die Fremden, die anders sprachen und anders aussahen, wurden in Wohnungen und Häuser zwangseingewiesen, vorwiegend auf dem Lande, da in den Städten viele Häuser zerstört waren. Trotzdem gelang die Integration, nicht reibungslos und nicht ohne Mühe und Rückschläge; spätestens in der zweiten Generation war das Aussiedlerproblem vergessen. Und zwölf Millionen Menschen bedeuteten zwölf Millionen zusätzliche Arbeitskräfte und Konsumenten, die durch ihren Konsum auch wiederum neue Arbeitsplätze schufen. Ganz abgesehen von den Steuern, die bezahlt wurden.

Bemerkenswert daran ist, dass die Integration in wirtschaftlich extrem schwierigen Zeiten stattfand, und einem Vergleich mit der heutigen wirtschaftlichen Situation Deutschlands auch nicht annähernd standhält.

Eine weitere größere Integration erfolgte in den 90er-Jahre nach dem Fall der Sowjetunion durch die Eingliederung von ca.

drei Millionen Bürgern der ehemaligen Sowjetunion. Auch diese waren anfangs angefeindet und abgewertet; heute 25 Jahre später ist „Klein Moskau“ allenfalls Erinnerung.

Sicher gibt es maßgebliche Unterschiede zwischen diesen beiden Integrationswellen und der uns nun -vielleicht- bevorstehenden. Aber auch die in den 90er-Jahren aus der Sowjetunion nach Deutschland kommenden Menschen sprachen unsere Sprache kaum, waren oft gar nicht bis katastrophal schlecht ausgebildet und in einem Staatsgebilde erzogen und sozialisiert, das mit der Bundesrepublik Deutschland auch gar nichts gemein hatte.

Trotzdem darf man sich keine Illusionen machen. Die aktuelle Völkerwanderung bringt Menschen aus der ganzen Welt nach Europa und nach Deutschland, Menschen, von denen ca. 20% Analphabeten sind und ca. 40% ausschließlich die arabische Schrift kennen. Inwieweit die Menschen ausgebildet sind, lässt sich nicht ermessen. Die bisherigen Erfahrungen sind nicht ermutigend. Der gebildete syrische Arzt, der gut Deutsch spricht, ist ein Wunschgebilde.

Was heißt Integration? Entscheidend wird sein, dass Flüchtlinge eine Chance haben, sich möglichst bald aus eigenen Ressourcen zu versorgen. Das setzt zum einen Arbeitsmöglichkeiten voraus, zum anderen einen Rechtsstatus mit Perspektive. In jedem Fall müssen wir Integration viel pragmatischer denken. Das Erlernen der deutschen Sprache, die Möglichkeit Ausbildungen zu machen, vor allem aber die realistische Aussicht auf eine Zukunft in Europa, das wird das entscheidende Kriterium für eine gelungene Integration sein. Gelungene Integration heißt meiner Meinung nach, undramatisch miteinander auszukommen.

Dabei wird es nicht ohne Verluste gehen, die Migranten werden -je nachdem aus welchen Teilen der Welt sie kommen- lernen müssen, dass in Deutschland das Recht den Staat

organisiert und regiert und nicht die Religion, dass in Deutschland Männer und Frauen gleichberechtigt sind, dass Auseinandersetzungen, auch mit Kindern nicht mit Gewalt geführt werden und vieles andere mehr.

Dass dies nicht gelingen kann, wird man ebenso wenig sagen können, wie dass dies ohne weiteres gelingen wird. Übertreibungen im Hinblick auf die Probleme, die uns erwarten, sind ebenso schädlich wie Verharmlosungen.

Wenn durch ein Einwanderungsgesetz die Voraussetzungen für eine geordnete Arbeitsmigration geschaffen werden, wenn die Ströme derjenigen, die tatsächlich als Flüchtlinge schutzberechtigt sind, kanalisiert werden, wenn abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden, dann meine ich, dass die vor uns stehende Herausforderung bewältigt werden kann. Dies werden wir nicht durch Umarmungen und Beifall oder durch Terror von Nazis und Hools schaffen, sondern ausschließlich durch eine rationale Herangehensweise.

VI.

Willkommenskultur

Zum Abschluss ein paar Überlegungen zu dem meines Erachtens völlig überstrapazierten Begriff der Willkommenskultur, der die Berichterstattung und Debatten beherrscht.

Sicherlich ist es beeindruckend und bewegend, wenn Bürger ankommende Flüchtlinge begrüßen, sie mit Essen und Kleidung versorgen, den Kindern Spielzeug bringen. Die Bilder aus München gingen um die Welt und haben das gegenwärtige Bild Deutschlands nachhaltig -zumindest kurzfristig- geprägt. Sicher ist es gut, dass nach einer Umfrage der ARD 61% der Befragten keine Angst vor so vielen

Flüchtlingen haben. Und es ist bemerkenswert, wie viele Menschen sich für die Betreuung von Asylbewerbern in diesem Land einsetzen.

Aber die Frage sei erlaubt: Wie realistisch sind alle diese Verhaltensweisen? Ist es wirklich real, ankommenden Flüchtlingen Beifall zu spenden und sie zu umarmen? Ich empfinde das als eine bedingungslose, seltsam übertriebene Willkommenskultur, die ich für kontraproduktiv halte.

Diese wie ein Strohfeuer auflodernde Hilfsbereitschaft richtet sich nach der konkreten Notsituation aus, hat aber die Integrationsprobleme von Flüchtlingen nicht im Fokus. Es handelt sich nach meiner Meinung um einen naiv anmutenden Humanitarismus, der sich von den Realitäten löst.

Grundlage dieser Haltung ist meines Erachtens ein ungesundes Mitleidempfinden, das der Situation der Ankommenden auch nicht annähernd gerecht wird, sondern das vielmehr einem Selbstzweck dient, nämlich sich selbst besser zu fühlen. Keineswegs ist es so, dass jeder Flüchtling per se ein guter Mensch ist, nur weil er eben ein Flüchtling ist. Ganz abgesehen davon, dass dies auf knapp die Hälfte der Asylbewerber schon gar nicht zutrifft, weil es keine Flüchtlinge sind, so trifft es aber auch auf die anderen, in Deutschland ankommenden Flüchtlinge nicht zu. Es kommen Menschen, teilweise nach unbeschreiblichen Irrfahrten, teilweise aus entsetzlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern und teilweise nach grausamen Erfahrungen und Verlusten. Diese Menschen verdienen unsere Unterstützung und unseren Schutz; Mitleid ist nicht angebracht, stattdessen Empathie, also Mitgefühl, etwas völlig anderes.

Nein, nicht jeder Flüchtling ist ein guter Mensch, weil er Flüchtling ist. Dies zeigt die tägliche Arbeit, die unsere ehrenamtlichen Helfer in der Sammelunterkunft in Bad

Säckingen leisten. Kulturelle Unterschiede führen zwangsläufig zu Konflikten, wie dies bereits in einigen Sammelunterkünften an der Tagesordnung sind. Immerhin können wir von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Asylbewerbern unterschiedlicher Ethnien und Religionen lesen. Wer sich dieser Erkenntnis blauäugig verschließt, wird innerhalb kürzester Zeit scheitern, und zwar persönlich durch Frustration und burn out und gesamtgesellschaftlich durch Integrationsverhinderung und Polarisierung der unterschiedlichen Auffassungen. Bei den vorhin erwähnten 61% angstfreien Befragten gibt es auch noch 39% Menschen, die sehr wohl skeptisch sind und Angst haben. Sind die etwa niemand? Dürfen die etwa keine Angst haben, weil die Mehrheit keine Angst hat? Noch, möchte ich hinzufügen.

Wer unkritisch das Bild vom guten Flüchtling verbreitet, der sorgt dafür, dass die Enttäuschung in der Bevölkerung beim Auftreten von Problemen, die unausweichlich sind, groß sein wird. Damit wird -ungewollt- den Ausländerfeinden und Rechtspopulisten in die Hände gespielt. Das können wir nicht wollen.

Wie eingangs gesagt: Ich plädiere für einen realistischen und realen Zugang und Umgang mit dem Thema Asylbewerber, Flüchtlinge und Migration. Umarmungen und Beifall gehören dazu ebenso wenig wie das Geschrei von Nazis und das Anzünden von Flüchtlingsunterkünften.